

Nachricht

der Bürgerfraktion

Ausgabe 3/Februar 2006

Rückblick und Ausblick

Am 19. Januar 2006 wurde im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden der Haushalt 2006 mitsamt dem Haushaltskonsolidierungskonzept verabschiedet. Daß dies möglich war, ist einerseits der guten Vorbereitung seitens der Verwaltung, ganz speziell dem Geschäftsbereich von Herrn Finanzbürgermeister Vorjohann und einer zügigen Behandlung innerhalb der Fraktionen zu verdanken. Da dieser Haushalt in wesentlichen Teilen unter dem Vorbehalt eines Verkaufs der städtischen Wohnungsbaugesellschaft steht, gab es besonders im Vermögenshaushalt kaum Handlungsspielräume.

Insgesamt erschwert wurde die Behandlung der Zahlen in den einzelnen Geschäftsbereichen dadurch, daß innerhalb der Verwaltung kaum vergleichbare Daten zur Verfügung stehen, da Teile der Ämter bereits mit Doppik (**Doppelte Buchführung in Konten**) arbeiten, während andere noch nach dem alten System der Kameralistik abrechnen und planen. Um so mehr ist demzufolge auch das Vertrauen der Stadträte in die Arbeit der Verwaltung gefordert.

Zum Thema Bürgerhaushalt: Diese in den letzten Jahren permanent geforderte Mitwirkungsmöglichkeit am Zustandekommen des Haushalts erweist sich einmal mehr als Schimäre, wenn man von der Zahl der Einwendungen zum Haushalt ausgeht und feststellen muß, daß der ausgelegte

Haushaltsentwurf von einer ver-schwindend geringen Anzahl an Per-sonen überhaupt beachtet worden ist.

Das gleiche Phänomen ist aber auch innerhalb des Stadtrats selbst zu beobachten: Nur vergleichsweise wenige Stadträte nutzen die Möglich-keiten zur Einsichtnahme in Doku-mente und weiterführende Vorlagen.

In eine ähnliche Richtung geht auch das Engagement der Mitglieder des Stadtrates bei der Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen. Es ist kein Zufall, daß der OB die Einladung zur Gedenkveranstaltung für den verstorbenen Dresdner Ehrenbürger Prof. Hans Nadler mit dem Status einer Sondersitzung des Stadtrates verband, um sicherzugehen, daß nicht nur vier oder fünf Stadträte wie bei der vorjährigen Verleihung der Ehren-medailles anwesend sein würden.

Die Bürgerfraktion hat sich ge-schlossen an dieser Veranstaltung beteiligt und im Anschluß keine Unter-schriftenliste abgegeben, so daß wir der Stadt die Peinlichkeit der Sitzungs-geldzahlung ersparen konnten.

Problematisch stellt sich für die Bürgerfraktion nach wie vor die Außen-wirkung dar. Wenn in der Lokalpresse davon die Rede ist, daß die Bürger-fraktion gegen den Totalverkauf der WOBA ist, dann stimmt das nur zum Teil.

Ausdrücklich möchte ich zumin-dest für meine Person als Mitglied der Lenkungsgruppe zum WOBA-Verkauf

erklären, daß die von Herrn Blümel in seinem Haushaltsbeitrag auf der Folgeseite aufgestellten Behauptun-gen zum Thema Mieterbelastung von mir nicht geteilt werden.

Auf den nächsten Seiten wollen wir einen kleinen Einblick in bestimmte Sachgebiete geben. Teilweise liegt die Behandlung der Vorlagen schon länger zurück, wie im Falle Schönfeld-Weißenhof oder der Operettenplanung; teilweise werden manche bereits abgehakten Vorlagen durch eine neue Entwicklung wie im Falle der Schul-bezirke wieder aktuell.

Bedingt durch die lange Abstinenz seit der zweiten Ausgabe der Nachricht ist diese nun etwas umfangreicher und so können wir uns des Themas „Neues Stadion für Dresden“ und „Hartz IV in Dresden“ etwas intensiver widmen.

Namentlich gekennzeichnete Bei-träge geben immer nur die Meinung des Verfassers wieder.

Am 9. März soll in der Stadtrats-sitzung die Abstimmung zum dann wohl vorliegenden Kaufvertrag inclu-sive Sozialcharta stattfinden. Spätes-tens dann wird es sich zeigen, ob Dresden mit der Möglichkeit zur Ent-schuldung die Freiräume für politisch verantwortungsvolles Handeln zu-rückgewinnt und sich diese Gestal-tungsspielräume auch über die näch-sten Jahre hinweg bewahrt.

Christoph Hille
Freie Bürger Dresden e. V.

Haushalt 2006

Denn die Kunst des Haushaltens besteht darin, das Vorhandene sinnvoll auszugeben und nicht, mit Unvorhandenem anzugeben.

Thilo Sarrazin (Finanzsenator Berlin)

„Schulden abbauen“, „Nachhaltig wirtschaften“, „nur noch das ausgeben, was wir einnehmen“, alles das sind populäre Forderungen der Diskussionen zum Haushalt. Besonders gern werden sie gebraucht von den Befürwortern des Totalverkaufs der WOBA. „Nur wenn wir die WOBA komplett verkaufen, können wir den Haushalt sanieren.“ Was ist dran an diesen Behauptungen?

Am 15. Oktober 2003 verkündete der Finanzbürgermeister: „Das durchschnittliche jährliche strukturelle Defizit für den Zeitraum 2004 bis 2007 kann auf ca. 95 Mio Euro geschätzt werden.“

Am 29. Juli 2004 prognostizierte der Finanzbürgermeister: „Der FAG Kompromiss führt zu einem bisher nicht berücksichtigten zusätzlichen strukturellen Defizit von über 30 Mio Euro für Dresden ... und damit werden die Gesamteinnahmen Dresdens stark sinken“.

Konkret wurde im Haushaltsjahr 2004 mit einem 67 Mio-Euro-Defizit geplant. Das Jahr 2005 mit 62 Mio Euro Defizit. Soweit die Prognosen. Was geschah tatsächlich?

Dazu der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes für 2003. Dort ist auf der Seite 14 zu lesen:

„Im HH Jahr 2003 schloss der VwHH mit einem positiven Ergebnis ab. Insgesamt überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um 8 704 877,67 Euro. Der Überschuss wurde dem Vermögenshaushalt zugeführt, um den aus 2002 übertragenen Fehlbetrag in Höhe von 43,2 Mio Euro teilweise zu decken.“

Ähnliches gilt für 2004. Der Haushalt 2004 schloss mit einem Über-

schuss von 12 604 632,94 Euro ab. Diese wurden erneut zum Abbau der Altdefizite aus 2002 eingesetzt. Übrig blieb ein Defizit von knapp 22 Mio Euro. Also können wir festhalten: Statt der geplanten Defizite haben wir sowohl in 2003, als auch in 2004 mit einem Überschuss abgeschlossen. Im vergangenen Jahr ist es weitgehend gelungen, das letzte Altdefizit abzubauen. Das bedeutet, auch in 2005 hat die Jahresrechnung einen Überschuss von mehr als 20 Mio Euro ergeben.



Noch einmal zur Übersicht:

2003 – 8 Mio plus

2004 – 67 Mio minus prognostiziert
– 12 Mio Überschuss

2005 – 62 Mio minus prognostiziert
– ca. 20 Mio Überschuss

Wir sind also unsere Altschulden aus dem Jahr 2002 los und stehen ohne alte Defizite da. Dies war ursprünglich erst für 2009 geplant. Warum sollen wir in so einer Situation zur großen Keule des totalen Verkaufs der Woba greifen? Die Antwort ist vielschichtig. Am 27. Juli 2004 erhielt der Stadtrat eine umfangreiche Dokumentation, die unter Punkt 4 auf die „Notwendigkeit von Veräußerungserlösen zur Deckung des beschlossenen Vermögenshaushaltes 2004 bis 2007 sowie der Fehlbedarfe 2005 bis 2008“ eingeht.

Investitionen sind wichtig. Keine Frage. Sanierung von Schulen und

Kitas. Verbesserung der Situation in der Philharmonie und im Zoo. Themen gibt es viele. Nur muß man sich fragen ob hier nicht über das Ziel hinausgeschossen wird. Entschuldung klingt gut. Wer von den Befürwortern hat sich je die Frage gestellt, was aus den Schulden wird. Sie werden von den breiten Schultern der gesamten Stadt genommen und auf die Mieter der WOBA verlagert. Gegenwärtig drückt die WOBA bereits ein Schuldenberg von ca. 1,1 Mdr Euro. Dazu kämen im

Falle des Verkaufes nochmals mindestens 500 Mio Euro Schulden hinzu. Die Bewerber haben gegenwärtig alle ein Konzept, das vorsieht, den Kauf zu ungefähr 90 % über einen Kredit zu finanzieren. Außerdem erwarten sie künftig nicht mehr 4 bis 5 % Rendite, sondern mindestens 7 bis 8 % Profit. Woher soll das denn kommen?

Es bleiben ja nur die Mieter und deren Mietzahlungen übrig. So einem Konzept kann ich niemals zustimmen, da bleibe ich fundamental bei meiner Meinung. Auf dem Tisch liegt eine

Alternative, die von der SPD vorgelegt wurde. Sie sieht einen anteiligen Verkauf von maximal 49 % der WOBA vor. Bereits das ist ein harter Schnitt, der aus meiner Sicht an die Grenzen des Möglichen geht. Aber das wäre ein echter Kompromiss. Ich bin überzeugt, dass wir uns im März 2006 erneut mit dem Thema Haushalt beschäftigen müssen. Dann steht der Vorschlag für den Käufer der WOBA fest. Dann wird es sich auch zeigen müssen, ob der Stadtrat und auch unsere Fraktion bereit ist, bei einer so gravierenden Entscheidung die Bürger direkt zu beteiligen. Der Wille der Dresdner, darüber zu entscheiden, ist jedenfalls mit über 40 000 Unterschriften für das Begehren „WOBA erhalten“ bereits jetzt klar erkennbar.

*Thomas Blümel
Bürger für Dresden*

Haushaltsdiskussion 2006

Wir als Bürgerfraktion werden mehrheitlich dem von der Verwaltung vorgeschlagen Entwurf mit den beiden Änderungsvorschlägen zustimmen.

Wohl in dem Wissen, dass dieser Entwurf unserer Meinung nach zu mindestens zwei wichtigen Fragen noch keine Antworten geben kann:

Erlöse aus dem 100 prozentigen Verkauf der Woba und den Sonderbedarfergänzungszuweisungen vom Land – Nachzahlungen KDU.

Wir tragen den Verwaltungsvorschlag mit, weil wir den Vorschlag zur langfristigen Entschuldung der LH Dresden unterstützen. Dass wir für diesen Schuldenberg nicht verantwortlich sind, zeigt sich daran, dass bis zum Jahre 2002 463 Mio Schulden

angehäuft wurden, bis zur Zusammensetzung dieses Stadtrates 2004 599 Mio gemacht wurden. Ein Umdenken ist also dringend erforderlich und ich sehe da auch klare Tendenzen.

Ein Beispiel ist der Stadionneubau – wo wir uns nicht für die Mercedes-Variante entschieden haben, sondern unserer Haushaltslage entsprechend die kostengünstigere Variante gewählt haben. Wir können es uns nun mal in Dresden noch nicht leisten, alle mit einem Mercedes in einen luxuriös ausgestalteten Zoo zu fahren. Ich glaube, viele würden gern auch mit Bus oder Bahn dahin fahren. Wir müssen also Prioritäten setzen. Für uns ist das die Kultur, Schulen und Kitas und der ÖPNV. Mit den Änderungsvorschlägen sehen wir diese Prioritäten gesetzt.

Die im Finanzausschuss zurückgenommenen Kürzungen in den Kulturinstitutionen der Stadt unterstützen wir voll und ganz, aber nicht auf Kosten des zu errichtenden Welterbebüros, das wäre das falsche Signal zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Es gibt in dieser Stadt sicher noch sehr viele Wünsche, die in dieser Haushaltsatzung offen bleiben mussten: Kulturpalast, Stadion, Operette und Zoo.

Wir bitten also um Unterstützung der beiden Änderungsanträge zum Welterbebüro und Kitas.

Jan Kaboth

Bürger für Dresden

Rede im Stadtrat am 19.01.2006

Sondergebiet Schönfeld-Weißig ?

Zunächst zwei Zitate von Herrn Behr:

„Es bestehe die rechtliche und politische Pflicht, die damals getroffene Vereinbarung zu erfüllen“ und

„Wir wollen nur das, was uns zusteht“.

Nun bitte, Herr Behr, sehen Sie sich in der Lage, eine Schwimmhalle für rund 1,4 Millionen Euro zu bauen – denn so steht es tatsächlich im Eingemeindungsvertrag (Stadtratsbe-

schluss von 1998), nicht für 7,6 Millionen, wie es jetzt in der Vorlage steht.

Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie diese dazugehörenden Zahlen in der Öffentlichkeit nicht nennen. Es wäre schön gewesen, wenn wir diese auch einmal im Hochlandkurier zu lesen bekommen hätten oder zumindestens heute hier gehört hätten.

Für mich entsteht der Eindruck, dass diese Schwimmhalle auf Kosten der im Eingemeindungsvertrag ste-

henden Investition, Anlage 6, gebaut werden soll. Denn wenn wir das Geld für die Turnhalle (im Eingemeindungsvertrag mit 511 000 Euro aufgeführt) und die Schwimmhalle (1,4 Millionen) addieren, komme ich auf die Summe von rund 1,9 Millionen Euro, laut Eingemeindungsvertrag.

Jetzt in der Vorlage sind beide Maßnahmen mit rund 11,3 Millionen Euro ausgewiesen. Das ergibt eine Differenz von rund 9,3 Millionen Euro.



Selbst wenn man die Turnhalle außen vor lässt, bleibt immer noch ein Rest von 5,7 Millionen zu Ungunsten von im Eingemeindungsvertrag ebenso aufgeführten Maßnahmen wie:

- Sanierung Schloss Schönfeld ca. 3,8 Millionen Euro
- Kleinbauernmuseum Reitzendorf ca. 60 000 Euro
- Jugendclub Schönfeld ca. 50 000 Euro
- Kulturhaus in Reitzendorf ca. 650 000 Euro
- Kleinbauernmuseum in Schönfeld ca. 100 TEUR

In der Summe sind das etwa 5,26 Mio Euro.

Und da sind die über 50 Maßnahmen im Straßenbau und der öffentlichen Beleuchtung noch gar nicht mit enthalten. Ein zweiter, für mich sehr wichtiger Punkt, der Vorlage nicht zustimmen zu können, sind die finanziellen Auswirkungen. Hier die Formulierung „evt. Defizite aus dem Betrieb der Schwimmhalle werden ... aus den Verfügungsmitteln des Ortschaftsrates Schönfeld/Weißig finanziert“.

Die Verfügungsmittel betragen

heute knapp 300 000 Euro. Was passiert, wenn dort ein Minus entsteht? Das soll ja vorkommen. Siehe auch Elbamare.

Ich erwarte dann nicht, dass damit der Zuschuss für den Hochlandexpress (jetzt 55 000 Euro) gekürzt wird, sondern es ist zu befürchten, dass dann die Unterstützung der Vereinsarbeit, die Unterstützung für Seniorenarbeit, die Freiwillige Feuerwehr, der Kinder- und Jugendarbeit, Traditions- und Brauchtumpflege heruntergefahren wird. Dies geht also zu Lasten der Schönfeld/Weißiger.

Wir wollen das mit dem interfraktionellen Antrag, insbesondere dem Punkt 3, verhindern.

Eine dicke Überschrift heute in der Zeitung lautet

„Weißig will raus aus Dresden – nach Pirna“.

Ich bin überzeugt, der überwiegende Teil der da oben Wohnenden will nicht nach Pirna oder Kamenz. Wir sind Dresdner, wir sind froh darüber.

Es gibt, Gott sei Dank, keine Mauer hinter Bühlau, es gibt keine Straßenschilder oberhalb von Wachwitz, Niederpoyritz oder Pillnitz mit der

Aufschrift „Sie betreten jetzt den Schönfeld/Weißiger Sektor – hier ist vieles anders“. Ich wünschte mir, dass wir als Schönfeld/Weißig endlich wirklich in Dresden ankommen.

Die Schönfeld/Weißiger freuen sich über das geplante Gymnasium in Bühlau. Ich bin überzeugt, dass bis auf einige wenige Ausnahmen sie sehr wohl auch eine Schwimmhalle am Standort in Bühlau akzeptieren würden – und durch die sehr gute Verkehrsanbindung hätten dann auch die Neustädter, Blasewitzer, Loschwitz in dieser zentralen Lage viel mehr von dieser Halle. Aus gesamtstädtischer Sicht, laut Sport- und Bäderkonzeption gibt es ja zu wenig Schwimmhallen in Dresden. Wir sollten dort aber nicht nur einzelne Interessen vertreten.

Ich bitte Sie, den interfraktionellen Antrag zu unterstützen. Er wendet sich nicht gegen die Bürger von Schönfeld/Weißig, sondern hilft, so hoffe ich, die in einigen Köpfen befindlichen Barrieren endlich zu überwinden.

Jan Kaboth
Bürger für Dresden

Interfraktioneller Antrag zu Schönfeld-Weißig

von Bürgerfraktion, Grüne, SPD, PDS

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für den nordöstlichen Teil Dresdens im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Neubau des Gymnasiums Bühlau eine Turnhalle mit ausreichender Kapazität einzuordnen.
2. unter Berücksichtigung der Bäderkonzepte des Landes sowie der Stadt einen Vorschlag bis Juni 2006 für den Neubau eines Hallenbades im nordöstlichen Teil Dresdens zu erarbeiten. Dieser Vorschlag soll sowohl den Standort als auch die Größe und Ausstattung in möglichen Varianten beinhalten.
3. Für die im Eingemeindungsvertrag mit der Gemeinde Schönfeld-Weißig in der Anlage 6 benannten Aufgaben ist dem Stadtrat eine Planung mit Prioritäten und Terminen bis Dezember 2005 vorzulegen.

Wiener Blut am Wiener Platz

Es ist ja in der letzten Zeit schon fast alles gesagt und geschrieben worden zum Thema Staatsoperette. Dadurch wird der Versuch immer schwieriger, zu behaupten, man wolle die Schließung der Operette nicht – aber gleichzeitig sucht man immer wieder

Argumente gegen einen Neubau am Wiener Platz.

Noch mal kurz zu den Bedenken: Die Operette soll auf Kosten anderer kultureller Einrichtungen langfristig unterstützt werden. Nun, es wird im Kulturausschuss, Finanzausschuss und

im Stadtrat über den Haushalt und die Kulturförderung entschieden.

Das Personal der Operette ist bereit, das Gehalt über zehn Jahre einzufrieren – das ist hochachtungswürdig und nachahmenswert. Das Grundstück am Wiener Platz (MK 5) sehe ich auch

nicht als Druckmittel, sondern als Möglichkeit, zwei Probleme der Stadt zu lösen.

Ein Argument der Operettengegner war auch, Dresden ist bereits kulturell sehr gut ausgestattet. Aber ich bin überzeugt, die Dresdner können sehr wohl noch mehr gute Kultur vertragen. Daran muss sich natürlich ein Intendant mit seinem Spielplan messen lassen, aber da bin ich zuversichtlich.

Wer in letzter Zeit einmal in Leuben auch hinter die Kulissen geschaut hat, muss zugeben, es ist keine Alternative, dort zu sanieren. Außerdem bietet das Stadtzentrum natürlich neue Perspektiven. Wir sprechen hier nicht über eine Theaterneugründung, sondern über ein gut funktionierendes Ensemble, das unter äußerst schlechten, wenn nicht gar miserablen Bedingungen, für eine gute bis sehr gute Auslastung sorgt. Wir sind für den Neubau am Wiener Platz – falls immer noch jemand dafür Argumente braucht, möchten wir dem nicht im Wege stehen, finanziell ist es für die Stadt nicht mittragbar, kulturell halten wir eine Kooperation mit dem Schauspielhaus für eine Amputation.

Ich als Mitglied des Kulturausschusses und wir als gesamte Bürgerfraktion haben immer wieder das Gespräch, auch die öffentliche Diskussion darüber gesucht. Leider sah sich weder die FDP- noch die CDU-Fraktion in der Lage, einen Stadtrat zu einer Podiumsdiskussion am 30. September 2005 zum Thema zu senden. Um eine Entscheidung zu finden bzw. noch Argumente miteinander auszutauschen gegen oder für einen Neubau am Wiener Platz ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben.

Ich freue mich auf die Gesprächsangebote, die uns gemacht werden, wenn wir mal ein, zwei Monate oder gar ein Jahr benötigen, um uns zu einer Entscheidung durchzuringen.

Nun, jetzt soll ein erster Schritt gewagt werden. Es wird auch höchste Zeit. Die 107 000 Unterschriften sind eine klare Ansage der Dresdner für ihre Operette. In diversen Umfragen der Zeitungen und auch auf unserer Internetseite votiert eine übergroße Mehrheit für den Neubau am Wiener Platz.

Ich hatte ja bereits in meiner Rede zum Haushalt 2005 vom 17. Februar direkte Vergleiche zwischen einem Theater und unserem Stadtrat gezo-

gen. Auch heute könnte man wieder sagen: „Vorhang auf!“. Die Medien sind da, Publikum auch, Dirigent und Claqueure befinden sich im Saal. Ich bin gespannt auf die unterschiedlichen Darstellungsmöglichkeiten.

An Herrn Schaller, Intendant der Operette: vielleicht gibt es die eine oder andere Nachwuchshoffnung für eine Haupt- oder Nebenrolle in Ihrem Haus.

Ich hätte ein paar Vorschläge, die die Auslastung von 80 % vielleicht noch etwas steigern könnten. Man müsste nur im laufenden Spielplan einige Veränderungen vornehmen, um so den einen oder anderen Besucher zusätzlich in die neue Operette zu locken. Sicherlich ist dann über die Urheberrechte und Tantiemen neu zu verhandeln, aber das schafft Herr Schaller schon bei seinem Engagement für die Operette.

Alle Darsteller verzichten natürlich zugunsten der Operette auf ihr Honorar, zumindest wird das in der Öffentlichkeit behauptet.

Natürlich dürfte es nicht mehr Carneval in Rom, sondern Carneval in Dresden heißen. Die Kulturausschussmitglieder der PDS und CDU könnten z. B. in „Hänsel und Gretel“ gut besetzt werden und singen: „Brüderchen komm tanz mit mir“. Herr Schollbach sollte in „Die lustigen Weiber von Windsor“ die Hauptrolle des Lebemanns Sir Falstaff übernehmen, weil dieser finanziell abgebrannt ist, versucht er zwei reichen Damen gleichzeitig den Hof zu machen. Sabine Friedel kommt noch einmal nach Leuben und singt aus „Viktoria und ihr Husar“ die Soloarie „Reich mir zum Abschied die Hände“. Die CDU stellt natürlich ihren Fraktionsvorsitzenden, welcher gleichzeitig Fördervereinsvorsitzender ist, der Operette zur Verfügung – es müsste dann aber heißen „Michael Grötsch Superstar“. Als „Die schöne Helena“ entpuppte sich die FDP – halb

zog es sie, halb sank sie hin. Unser Kulturbürgermeister wäre auf den ersten Blick natürlich für den „Vogelhändler“ prädestiniert, obwohl – im „Wildschütz“ gibt es die Hauptrolle des bockschießenden Dorfschulmeisters zu vergeben. Der Oberbürgermeister könnte vormittags den „Fiedler auf dem Dach“ übernehmen und singen: „Wenn ich einmal reich wär’ ...“ Abends tritt er mit der Arie „Mir ist manches schon passiert, aber so etwas noch nicht ...“ auf, während im Hintergrund der Finanzbürgermeister Vorjohann brummelt „Wer soll das



bezahlen, wer hat soviel Geld?“ Die Grünen und die Bürgerfraktion würden sicher gern im „Wiener Blut“ mittanzen. Franz Joseph Fischer müsste dann nur noch Christiane Filius-Jehne fragen „Fröhlein, könn´se Walzer tanzen?“. Einige von den noch nicht Genannten eignen sich sicher sehr gut in „Hänsel und Gretel“ als Statisten für den dunklen, schwarzen, gruseligen Wald. Vielleicht kommen wir dann irgendwann mal im „Land des Lächelns“ an.

Jan Kaboth

Bürger für Dresden

20. Stadtratssitzung, 3. November 2005 zu

TOP 9 (V0703) „Staatsoperette Dresden –

Rechtsformumwandlung und Neubau“

ARGES Leben mit HARTZ IV

Dresden, ein Jahr nach Einführung des SGB II – Leben mit Hartz IV

Das Gesetz wurde im Januar 2005 in Kraft gesetzt mit dem Ziel den Arbeitsmarkt neu zu gestalten. Das Motto heißt „Fordern statt Fördern“. Die vorherigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen führten nur in den seltensten Fällen zu Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Menschen lebten teilweise jahrelang von Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe, weil es für sie keine bezahlten Beschäftigungen gab und, man muss es so einschätzen auch heute noch nicht gibt. Dem sollte mit der Reformierung der Sozialgesetzgebung Abhilfe geschaffen werden. Nach einem Jahr muss man einschätzen, die Trendwende ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, aber Hartz IV ist ein Gesetz, dass in seiner gesamten Entstehungsgeschichte von Unterstellungen und Mutmaßungen gekennzeichnet ist. Ich möchte an einige erinnern:

Wir brauchen dieses Gesetz, um Langzeitarbeitslose zu motivieren, wieder in Arbeit einzusteigen, viele wollen gar nicht arbeiten. Heute heißt es, die Bedarfsgemeinschaften explodieren, weil man sich so Leistungen erschleichen will.

Nun will die neu gewählte Bundesregierung dieses Gesetz erneut reformieren und ausgestalten, um eine weitere Kostenexplosion zu vermeiden. Aber ist das möglich, wenn man gegen die bestehende Massenarbeitslosigkeit keine Konzepte hat?

Viele Jugendliche finden keinen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

Und wer wie ich über 50 ist, muss davon ausgehen, dass er im Falle von Kündigung kaum Chancen hat, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

In Dresden leben zurzeit 52 774 Menschen in 32 066 Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV, in etwa einem Drittel der Bedarfsgemeinschaften leben Kinder unter 15 Jahren. Darunter sind 665 kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern.

Die Zahl der von Hartz IV Betroffenen ist steigend, da man jetzt unabhängig von der Dauer der vorausgegangenen versicherungs-

pflichtigen Tätigkeit bereits nach einem Jahr unter die Leistungen von Hartz IV fällt.

Wie geht es diesen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, wie geht es denen, die gänzlich aus dem Leistungsbezug herausgefallen sind, weil der Partner zu gut verdient, weil Ersparnisse, verwertbares Eigentum vorhanden sind?

Zugegeben, Hartz IV bringt manchem auch Geld, dass er vorher nie erhalten hätte. Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung sind zum Beispiel unabhängig vom Einkommen der Eltern anspruchsberechtigt und haben auch einen Anspruch auf angemessenen Wohnraum und sogar Mittel zur Erstaussstattung der Wohnung. Das hat der Gesetzgeber so gewollt, hat etwas mit Gebrauch der gesetzlichen Möglichkeiten und nicht mit Missbrauch zu tun und ist auch ein Grund, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften über alle Erwartungen gestiegen ist.

Schon der Start in das neue Gesetz zeigt sich schwierig. Es mussten die entsprechenden Instrumentarien geschaffen werden. In Dresden entschied man sich für die Bildung einer ARGE (Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitsagentur und der Kommune). Der Stadtrat bestätigte dazu einen Grundsatzvertrag. Geleitet wird die ARGE durch die Trägerversammlung, dieser gehören je drei kommunale Vertreter und drei Mitglieder der Arbeitsagentur an. Beratend wird die Arbeit der Trägerversammlung begleitet durch den ARGE-Beirat, dem paritätisch Vertreter der Handwerkskammer, der Liga der Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften, der Agentur für Arbeit und der Fraktionen des Stadtrates angehören.

In der ARGE arbeiten in etwa gleicher Anzahl Beschäftigte der Stadtverwaltung und der Arbeitsagentur. Bei der personellen und räumlichen Ausstattung wurde von der Prognose des Bundesministeriums Wirtschaft und Arbeit in Höhe von 45 000 betroffenen Personen in 21 900 Bedarfsgemeinschaften für Dresden ausgegangen. Diese Prognose erwies sich als falsch, durch Nutzung der gesetzlichen Möglich-

keiten, keine positiven Veränderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, und immer schnelleres Herausfallen von Menschen aus dem Anspruch auf Arbeitslosengeld I, stieg die Zahl der Betroffenen auf fast 53 000. Das heißt jeder zehnte Dresdener Einwohner lebt unter den Auswirkungen dieses Gesetzes.

Trotz dieser enormen Fehlkalkulation ist es den in der ARGE Beschäftigten gelungen, den betroffenen Bürgern ihre Leistungen ab Januar vergangenen Jahres relativ komplikationslos auszuzahlen. Große Rückstände entstanden und bestehen noch in der Bearbeitung von Widersprüchen.

Die Bundesagentur für Arbeit und die Stadtverwaltung haben sich um eine bedarfsgerechte Aufstockung der notwendigen Fallmanager und Fallbearbeiter bemüht. Aber heute ist es noch so, dass 116 Prozent der Sollbesetzung 147 Prozent der prognostizierten Bedarfsgemeinschaften betreuen müssen. Es ist klar, dass dieses Missverhältnis die im Gesetz verankerte individuelle Betreuung durch Fallmanager behindert, besonders problematisch ist das im Bereich der unter 25-jährigen.

Mit der Einführung von Hartz IV versprach man sich Anreize zur Arbeitsaufnahme und individuellen Förderung. Das Gesetz übertrug die Verantwortung vom Bund auf die Kommune. Die heute üblichen Kosten der Unterkunft sind z. B. kein vom Bund finanziertes Wohngeld, sie sind durch die Kommune zu tragende Kosten, die von Bund und Land anteilig gegenfinanziert werden.

Eine sehr weittragende Entscheidung hat der Dresdener Stadtrat mit der Festlegung der Höhe der Kosten der Unterkunft getroffen. Die in Dresden zu Grunde gelegten Werte sollen Umzüge wegen nicht Angemessenheit des Wohnraumes vermeiden, trotzdem sind solche nach einer Härtefallprüfung erforderlich geworden.

Genauer über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft kann man im Internet nachlesen unter www.dresden.de, unter der Rubrik Leben, Arbeiten und Wohnen. Hier

ARGES Leben mit Hartz IV

findet man auch Informationen zur Ermessensausübung.

Für Dresden bedeutet diese Regelung im Interesse der betroffenen Bürger und auf Grund der rasch gestiegenen Bedarfsgemeinschaften eine Zusatzbelastung von 17,1 Millionen Euro. Der Bund beteiligt sich mit 29,1 Prozent an den Kosten der Unterkunft und der Freistaat will auf Grundlage einer Nettobelastungsverordnung jeder Kommune nur den Durchschnittswert für die Kosten der Unterkunft zahlen, das bedeutet eine deutliche schlechter Behandlung der großen kreisfreien Städte. Der Stadtrat hat in einem Beschluss den Oberbürgermeister einhellig beauftragt, gegen eine solche Verfahrensweise

beim Scheitern von Verhandlungen zu klagen. Da die so gebundenen Gelder sonst anderen freiwilligen sozialen Leistungen entzogen werden müssen. Diese freiwilligen Leistungen gehören aber dazu, dass unsere Stadt lebenswert für Ihre Bürger ist.

Insgesamt muss man nach einem Jahr Hartz IV einschätzen, dass die Mitarbeiter der ARGE Vorbildliches geleistet haben, das der ARGE-Beirat immer im Interesse der betroffenen Dresdener Bürger bemüht war, Entwicklungen politisch zu begleiten, zu bewerten und Entscheidungen herbeizuführen.

Nicht gelungen ist, es bessere Rahmenbedingungen für Arbeit und Beschäftigung zu schaffen, die 2005

bewilligte große Zahl an Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) hat zu keiner positiven Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt geführt.

Ebenso muss man einschätzen, dass dieses Gesetz weder für die betroffenen Menschen noch für unsere Kommune zu einer positiven Veränderung Ihrer Situation geführt hat. Es entstehen zu wenige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Rat und Hilfe können sich von Hartz IV Betroffene bei der auf Beschluss des Stadtrates geförderten Sozialberatung der Arbeitsloseninitiative auf der Schäferstraße 5 holen.

Anita Köhler

Wählervereinigung Volkssolidarität

Bürgerschaftliches Engagement

Wohngebietstreff „Marie“ – Ausdruck dafür, was bürgerschaftliches Engagement und politische Aktivität bewirken können



Im Stadtteil Tolkewitz wurde trotz vielfältiger Proteste der Tolkewitzer die dortige Stadtteilbibliothek bereits 2003 geschlossen und ausgeräumt.

Die Mitgliedergruppen der Volkssolidarität in Tolkewitz und die Angehörigen der Wählervereinigung Volkssolidarität bemühten sich bei der Stadt, bei der WOBA und bei den Städtischen Bibliotheken intensiv um

den Erhalt des Standortes und damit um eine Aufwertung ihres Wohngebietes. Die Schließung war nicht zu verhindern, aber heute gibt es in den Räumen der ehemaligen Bibliothek den Wohngebietstreff „Marie“ mit Buchausleihe.

Dieser neue Wohngebietstreff wurde ausschließlich durch ehrenamtliche Arbeit vieler Mitglieder der Volkssolidarität und von engagierten Bürgern aus dem Wohngebiet Tolkewitz geschaffen und wird auch so betrieben und unterhalten.

Ausschlaggebend für die Neueinrichtung dieses Treffs waren die vielen Geld- und Sachspenden an Büchern und Medien, die WOBA Dresden als Sponsor für die Miete, die Bereitschaft zur ständigen verlässlichen ehrenamtlichen Mitarbeit von vielen Bürgern, die fachliche Unterstützung seitens der städtischen Bibliotheken beim Aufbau der Buchausleihe.

Im Jahr 2005 wurden die folgenden beachtlichen Ergebnisse erreicht:

Im Wohngebietstreff fanden 82 Veranstaltungen mit mehr als 2500 Teilnehmern statt.

Die Buchausleihe verfügt heute über einen Bestand von über 10.000 Büchern und anderen Medien. Es hat

sich ein Leserstamm von 230 regelmäßigen Lesern herausgebildet. Sehr enge Kontakte bestehen zu den beiden benachbarten Schulen.

Für 2006, dem Jahr unseres 800 jährigen Stadtjubiläums, wurde der Wohngebietstreff „Marie“ als einer der Bürgerräume für Projektveranstaltungen im Rahmen des Stadtjubiläums ausgewählt. Damit erhält die erfolgreiche Arbeit des vergangenen Jahres neue Impulse und eine weitere Bereicherung. Besucher auch aus anderen Stadtteilen sind in der „Marie“ herzlich willkommen.

Anita Köhler

Wählervereinigung Volkssolidarität

Volkssolidarität Dresden e. V.
Wohngebietstreff „Marie“
mit Buchausleihe
Reichenauer Weg 22, 01279 Dresden.



Lernen in Dresden

Zuerst einmal möchte ich mich im Namen des Kreiselternrates bei Ihnen, insbesondere aber bei der Bürgerfraktion bedanken, dass Sie dem Kreiselternrat die Gelegenheit geben, zu diesem für uns sehr bedeutsamen Entscheid Stellung zu nehmen.

Ich möchte vorab einige Worte zur Vorgeschichte machen, da diese nicht unbedeutend für die Beurteilung des vorliegenden Verwaltungsvorschlages ist.

Es hat bereits einen Vorschlag der Stadtverwaltung gegeben, die Grundschulbezirke neu zu strukturieren, diesen aber mussten wir ablehnen, da für uns die Grenzziehung der Bezirke nicht nachvollziehbar war. Dies auch deshalb, weil mit dem Argument, die Wahlmöglichkeiten der Eltern zu verbessern, für diesen Vorschlag geworben wurde, aber die vorgesehenen Strukturen eher Nachteile befürchten ließen. Auch uns erschien damals der große gemeinsame Grundschulbezirk Dresden unter dem Hinblick auf Elternwahlrecht als alleiniges Kriterium durchaus erstrebenswert. Allerdings haben wir dann alle anderen Faktoren in unsere Erwägungen einbezogen, und damit verändert sich das Bild in erheblicher Weise, darauf möchte ich später eingehen. Daraufhin hat sich der Kreiselternrat mit dem Schulverwaltungsamt getroffen und den Ihnen vorliegenden Vorschlag erarbeitet.

Es gab dabei folgendes abzuwägen: Es sind mit dem neuen Schulgesetz zwischen dem Erhalt von Einzelschulbezirken und der völligen Öffnung der Grundschulbezirke und damit der Zusammenfassung der Stadt Dresden zu einem Grundschulbezirk alle Möglichkeiten offen. Zum Einen Einzelschulbezirke zu belassen, diese Möglichkeit bietet das Schulgesetz durchaus. Aber – wie wir in der Vergangenheit gesehen haben, beschneiden Einzelschulbezirke nicht nur das Elternwahlrecht erheblich, sondern gefährden konkret Schulstandorte. Warum: Maßgeblich für die Klassenbildung sind eine ausreichende Zahl Anmeldungen aus dem eigenen Schulbezirk. Es kann also durchaus sein, dass sich an einer Schule zwar 15 Schüler anmelden, wenn aber sechs davon auf der falschen Straße wohnen,

gibt das Regionalschulamt der Klassenbildung nicht statt, denn diese sechs bezirksfremden Kinder zählen nicht. In solchen Fällen werden auch keine Ausnahmegenehmigungen, wie sie notwendig sind zum Besuch einer anderen Schule als die, in deren Bezirk man wohnt, erteilt. Die 18. Grundschule ist ein solches Beispiel.

Dass Einzelschulbezirke das Elternwahlrecht trotz des neuen Schulgesetzes in erheblicher Weise einschränken und das die nötigen Ausnahmegenehmigungen vom Regionalschulamt sehr wohl vom Gutdünken des jeweiligen Mitarbeiters abhängen und keinesfalls so wohlwollend man die Anträge prüft, ist unsere Erfahrung. Zudem garantieren Einzelschulbezirke keinesfalls eine wohnortnahe Beschulung, dazu muss man sich nur einmal das derzeitige Netz der Schulbezirke näher ansehen.

Nun erscheint ein großer gemeinsamer Grundschulbezirk, vor allem vor diesem Hintergrund, als die Lösung. Aber diese Variante hat ein erhebliches Manko. Nämlich, dass es zur Zeit keinerlei gesetzliche Grundlagen oder Verwaltungsvorschriften oder Anweisungen gibt, was mir heute vom SMK bestätigt wurde, die es einem Schulleiter vorschreiben, nach welche Kriterien er seine Schüler auswählt, ob oder welche Kinder er zulassen oder ablehnen kann. Ein Schulleiter könnte also ohne Begründung Kinder nicht aufnehmen.

Die wohnortnahe Beschulung, die wichtig ist, um Kinder nicht aus ihren sozialen Netzen zu reißen, um zumutbare Schulwege zu gewährleisten, ist also keinesfalls garantiert, auch nicht die Nähe der Schule am Arbeitsplatz der Eltern. Denn: jeder Schulleiter hat die Möglichkeit, Kinder abzulehnen nach seinem Gutdünken und es gibt keinerlei Rechtsanspruch auf den Besuch einer bestimmten Schule. Das Gesetz gibt nur den Anspruch auf den Besuch einer Schule innerhalb des Schulbezirkes, in dem man wohnt. Je größer der Schulbezirk, desto mehr Schulen stehen damit zu Debatte und im Falle eines gemeinsamen Grundschulbezirkes hat das Kind nur das Recht, irgendwo in der Stadt Dresden zur Schule zu gehen. Ob das dann nun

gerade die Schule ist, die sich die Eltern wünschen, ist eine andere Sache. Und dem können Sie als Stadträte, kann die Kommune Dresden keinen Riegel vorschieben, Sie können Kriterien erstellen, soviel Sie wollen, kein Schulleiter ist daran gebunden, denn der Dienstherr des Schulleiters ist das Land Sachsen. Und dort kommen wir zum nächsten Risikofaktor: Das noch gut ausgestattete Dresdner Schulnetz. Man muss nicht nur eine Selektion der Schüler befürchten, sondern auch eine Neuordnung des Schulnetzes. Das Land Sachsen kann nämlich damit erreichen, dass erst einmal an bestimmten Grundschulen die Klassen bis zur Obergrenze vollgestopft werden, an anderen Schulen keine Schüler aufgenommen werden und damit sich das Grundschulnetz perspektivisch sehr leicht ausdünnen lässt.

Sie als Stadt Dresden geben sich mit einem gemeinsamen Grundschulbezirk jegliche Möglichkeit aus der Hand, auf das Schulnetz steuernd einzuwirken.

Man kann also, so man diese Faktoren alle kennt und geprüft hat, zu keinem anderen Schluss kommen, dass momentan ein gemeinsamer Grundschulbezirk unwägbare Risiken bietet und die können wir keinesfalls mittragen oder gar gutheißen. Deshalb gab es und gibt es für uns als Elternvertretung, und das deckte sich mit dem Anspruch der Verwaltung, nur den Weg, eine Möglichkeit zu finden, die sowohl Elternwahlrecht aber auch die Standortsicherheit vereint und sozialer Entmischung an den Schulen weitestgehend Einhalt gebietet. Dieser Vorschlag ist auch nicht als Status Quo gedacht, sondern als ein Schritt in einer Entwicklung, von dem aus man durchaus, und so ist es auch gewollt, weiter gehen kann. Sicherlich auch einmal in Richtung eines gemeinsamen Schulbezirkes, wenn es das Gesetz hergibt und wenn man dadurch weder Schüler noch Schulen gefährdet.

Nun möchte ich, da zu den inhaltlichen Argumenten schon sehr viel gesagt wurde, noch einen anderen Punkt anführen. Sie sind gewählte Vertreter der Bürger dieser Stadt mit dem Anspruch, im Interesse dieser Bürger zu entscheiden, für diese Bür-

ger und zum Wohle dieser Bürger. Ich stehe hier als Vertreter der Menschen, die von dieser Entscheidung, die Sie heute treffen werden, unmittelbar betroffen sind und die Folgen tragen müssen, nämlich der Eltern, und – da es im Grundschulbereich noch keine Schülervvertretung geben muss, auch der Schüler. Wir haben hier einen Vorschlag der von betroffenen Bürgern, bzw. deren gesetzlicher Vertretung, wie sie der Kreiselternrat ist, und der Verwaltung erarbeitet wurde, der Verwaltung, die Ihre Entscheidungen

umsetzen muss. Dieser Vorschlag fand in 75 % der Schulen und in allen Ortsbeiräten Zustimmung. Das zusammen ist ein Novum, das ist Bürgerbeteiligung wie sie im Buche steht. Deshalb ist es für uns nicht nachvollziehbar, wieso mit einer solchen Vehemenz ein Vorschlag versucht wird, durchzusetzen, den die Eltern noch nicht wollen.

Sie sind für Bürgerbeteiligung angetreten, wir haben gehofft, Ihnen die Entscheidung leicht zu machen. Wie viel Basis wollen Sie denn noch, mehr

als die breite Zustimmung in der Bevölkerung?

Ich kann hier als Elternvertreter nur an Sie appellieren, nehmen Sie uns als Bürger ernst, nehmen Sie bitte das Ernst, was die Schulkonferenzen Ihnen signalisierten, nehmen Sie das Ernst, was die Ortsbeiräte signalisierten und stellen Sie nicht Fraktionsinteressen über das Interesse des Bürgers und geben Sie dem Vorschlag der Verwaltung Ihre Zustimmung.

Gerit Thomas

Vorsitzende des Kreiselternrates



Interfraktionelle Anträge im Jahr 2005

... mit Unterstützung der Bürgerfraktion

1. *Vorlage HH-Entwurf 2005 (A0014)*
2. *Fahrradverkehrskonzept für Dresden (A0049)*
3. *Radverkehr – Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von Behinderungen (A0050)*
4. *Verhandlungen mit dem Freistaat die Neuordnung der Theater der LHD betreffend (A0051)*
5. *Rechnungsprüfung der Verträge mit Herrn Sehm und der Fa. Actor (A0061)*
6. *Erhalt der Wochenmärkte (A0091)*
7. *Herstellung satzungsgemäßer Zustände im EB Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt (A0107)*
8. *Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Dresdner Innenstadt (A0120)*
9. *Weiterer Umgang mit Investitionen im Eingemeindungsvertrag mit Schönfeld-Weißig (A0179)*
10. *Würdigung ehrenamtlicher Arbeit in Dresden (Ehrenamtspass) – Verlängerung des städtischen Zuschusses bis 2008 (A0180)*
11. *Bestellung Geschäftsführer der DREWAG GmbH (A0194)*
12. *Ausländerbehörde (Namensschilder f. MA + mehrsprachige Hinweisschilder)*

Ein neues Stadion für Dresden

Was verbirgt sich eigentlich hinter „Pro RHS – Rettet unser Dynamostadion“?

In den letzten Wochen gab es viele Berichte rund um den in Dresden geplanten Stadionneubau an der Lennéstraße. Oft wurde dabei auch die Faninitiative Pro RHS erwähnt oder zitiert. Gern kommen wir deshalb dem Wunsch nach, uns an dieser Stelle einmal vorzustellen.

„Pro RHS“ ist eine reine Faninitiative, welche sich für den Erhalt des traditionsreichen „Rudolf-Harbig-Sta-

Meinungsbildung zu verschaffen. Wir halten dabei intensiv Kontakt zum Dynamo-Fanprojekt sowie zu sehr vielen Fanclubs – deren Ansichten sind Basis unserer Arbeit!

Unsere Partner sind weiterhin der Verein Dynamo selbst und die Stadt Dresden, dazu insbesondere die im Stadtrat vertretenen Parteien bzw. Initiativen. So fanden auch mehrere Gespräche mit der Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat statt, man suchte beiderseits den Kontakt, fragte nach unserer Meinung und den Wünschen der Fans.

ße“, also „pro RHS“ aufnahmen, lag das Thema „Stadion“ in Stadt und Verein brach – nur der Verfall im „Rudolf-Harbig-Stadion“ machte Fortschritte! Das muss man wissen ...

Der Anteil der Mitstreiter von Pro RHS an den derzeit sichtbaren Erfolgen ist nach Meinung vieler Beteiligten hoch einzuschätzen, gestatten Sie mir dies hier zu erwähnen. Ob Mega-Banner im Stadion oder auf dem Dach, ob Postkarten aus München, Stadionstammtisch, Stadiontorte oder Giraffenrunde – wir hatten immer der Situation angepaßte Ideen, um das



dions“ (RHS) als Spielstätte des 1. FC Dynamo Dresden und als „dem“ Dresdner Stadion für höherklassigen Fußball engagiert. Wie es der Name sagt, betrachten wir es als unsere Aufgabe und unser Ziel, der Meinung der Dresdner Fußball- und ganz besonders der Dynamofans, eine Stimme zu geben und Gehör in der politischen

Einen vollständigen Überblick über unsere Ziele und Aktivitäten erhält man über unsere Internetpräsentation www.pro-rhs.de. Dabei sei bemerkt, dass einiges davon erfreulicher Weise schon erreicht ist, einige Ziele somit der Überarbeitung bedürfen. Denn als wir im Jahre 2003 unsere Arbeit „pro Fußball-Stadionstandort Lennéstra-

Thema Stadion im Gespräch zu halten und weiteren Stillstand zu verhindern. Die Befragung der Stadtratskandidaten zur Kommunalwahl 2005 sorgte ebenso für Furore wie die Gespräche mit unterschiedlichen Vertretern der Stadtpolitik und den Stadionanbietern der zweiten Ausschreibungsrunde vor einigen Wochen. Nicht zuletzt unsere

Ein neues Stadion für Dresden

Aktivitäten im Internet, neben der genannten Homepage auch unter www.giraffen-erhalten.de, haben unsere Arbeit vorangebracht. Und, das soll keine Drohung sein, wir haben noch viel vor ...

Zu den „abgehakten“ Zielen muss man zu allererst den Beschluß des Stadtrates vom 16. Dezember 2004 nennen, Dresdens Fußballstadion an der Lennéstraße zu errichten bzw. diesen Standort für den Leistungsfußball zu erhalten. Und natürlich ganz aktuell einen weiteren Beschluss, ab sofort seitens der Stadt konkret mit einem Partner, der Firma HBM aus Neuss, über den Um- bzw. Neubau des Stadions zu verhandeln. Der Baustart soll dabei sogar schon im Jahr 2006 erfolgen! Unser Anliegen in den nächsten Monaten wird es sein, den Stadionneubau zu begleiten bis der erste Ball im neuen Stadion rollt!

Aber soweit sind wir ja noch gar nicht! In Begleitung der städtischen Ausschreibung für den Um- bzw. Neubau unseres Stadions vom Februar 2005 stellten wir als Initiative einen „Ideenkatalog der Fans“ zusammen und übergaben diesen am 4. April 2005 persönlich an den Oberbürgermeister. Die Meinungen der Fans wurden via Internet und in persönlichen Gesprächen zusammengetragen. Wir bezogen dabei auch Fachleute ein, nicht zuletzt den Sicherheitschef von Dynamo, Herrn Achim Exner. Die Verbesserung der Besuchersicherheit hat gerade für unseren Verein sehr große Bedeutung und ist mit einem neuen Stadion unter Anwendung der FIFA-, DFB und DFL-Vorschriften wesentlich besser zu gewährleisten.

Welche Wünsche hatten nun die Dynamofans für einen Neubau? Welche Meinung hat Pro RHS zum Thema Stadion in Dresden?

Für eine gute Fußballatmosphäre und eine optimale Vermarktung wurde die Errichtung eines reinen, einrangigen Fussballstadions mit einer Kapazität von ca. 35 000 Zuschauern erhofft, möglichst erweiterbar. Länderspiele (min. erforderliche Stadionkapazität 40 000 Zuschauer!) sind natürlich wünschenswert, können aber nicht als Basis für einen wirt-

schaftlichen Betrieb dienen. Für letzteren ist aber eine angemessene Zahl von VIP-Logen unumstritten. Einigkeit besteht im Wunsch nach einer maximalen Anzahl von Stehplätzen. Dafür stehen neben der gewachsenen Fan- kultur auch soziale Aspekte (Eintrittspreise).

Als das Identifikationsmerkmal des Stadions und Wahrzeichen werden die Flutlichtmasten („Giraffen“) angesehen. Es besteht der Wunsch, diese nach Möglichkeit zu erhalten. Dazu würde eine schwarz/gelbe Bestuhlung der Sitzplatzbereiche großen Anklang bei den Fans finden.

An die Gewährleistung der Fan- trennung, die Einführung eines Familienblocks und das Thema Parken (Erschließung naher, brachliegender Flächen) wurde ebenso gedacht wie an die Verbesserung der schon jetzt sehr guten ÖPNV-Anbindung des Stadions.

Dazu kommt auch, dass bekanntermaßen immer mehr Frauen Gefallen am Spiel mit dem runden Leder finden. Eine marode Bausubstanz und mangelhafte sanitäre Einrichtungen wirken da wenig anziehend. Die größte Verbesserung erfahren zukünftig allerdings Zuschauer mit Behinderung. Moderne Stadien verfügen über behindertengerechte Zugänge, barrierefreie Sanitäranlagen u.v.a.m.!

Das die genannte Standortwahl richtig war, sieht man alleine daran, daß sich insgesamt sieben renommierte Firmen aus mehreren europäischen Ländern an der Ausschreibung für ein reines Fußballstadion beteiligt haben. Es waren alle Konzerne dabei, welche sich in den letzten Jahren beim Stadionbau nicht nur in Deutschland einen Namen gemacht haben. Das spricht letztlich für das Potential, welches im Standort liegt und auch vom Verein Dynamo Dresden zukünftig erwartet werden kann. Die in 2004 ausgereichte Ausschreibung für eine multifunktionale Stadionanlage im Ostragehege mußte dagegen im gleichen Jahr wegen Erfolglosigkeit von der Stadtverwaltung zurückgenommen werden.

Aus unserer Sicht ist anzumerken, dass alle Lösungskonzepte des „Sta-

dionproblems“ in Dresden vor dem Dezember 2004 nur zu dem Ergebnis führten, dass man jedes Jahr viel Geld in baufällige Bausubstanz, sogar an zwei Standorten, steckt. Dabei verleugnet niemand, dass auch ein neues Stadion städtisches Geld kosten wird. Aber schaut man zur DSC-Trainingshalle oder zur im Bau befindlichen Eishallenkombination im Dresdner Ostragehege, so erscheinen die gegenwärtig diskutierten einmalig oder jährlich dafür aufzubringenden Zuschussbeträge durchaus angemessen.

Eine weitere Verschiebung des Stadionum- bzw. neubaus würde kein Problem lösen, denn auch wenn der Stadionum- bzw. neubau nicht erfolgt – das „alte“ Harbig-Stadion kostet weiter jedes Jahr sehr viel Geld. Die Stadtverwaltung geht derzeit von einem Investitionsstau von 6,5 Mio. Euro aus – Prognose steigend! Und eines ist auch sicher, selbst in der Regionalliga werden die Anforderungen an die Spielstätten beständig von den Fachverbänden erhöht.

In Dresden wird völlig zu Recht jedes Jahr viel Geld für Kunst und Kultur ausgegeben. Jede Karte der Philharmonie, der Operette oder für ein Museum ist stark subventioniert. Vielfalt bedeutet im Leben einer Stadt denn auch, andere Freizeitangebote wie den Sport zu unterstützen. Profifußball darf direkt sicher keine städtische Förderung erfahren, aber wenigstens die Infrastruktur für diese Form der Freizeitgestaltung seiner Bürger darf der Stadt nicht egal sein. Die hohen Besucherzahlen bei den Spielen von Dynamo beweisen dies ja eindrucksvoll.

Wenn sich der 1. FC Dynamo Dresden nun dauerhaft in der Bundesliga etablieren sollte, dann ist dies nicht nur gut für uns Fans, nein – auch die hiesige Wirtschaft profitiert davon. Ein neues Stadion erhöht die Attraktivität des Vereins, besonders für Sponsoren, und stärkt davon ableitend die Wirtschaftskraft. In anderen Städten hängen kurz- und mittelfristig hunderte Arbeitsplätze am Bundesligafußball, und dies nicht nur durch den Verkauf von Bratwurst, Bier und Fanartikeln! Der allgemeine

Ein neues Stadion für Dresden

Marketingeffekt für die Stadt ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Wer in der Bundesliga dauerhaft präsent ist, erhält für seine Stadt quasi kostenlos Werbung – Sonntag für Sonntag (oder Samstag?) zur besten Sendezeit mit den höchsten Einschaltquoten. Ohne Perspektive in Sachen Stadion wird es mittelfristig keine Bundesliga (mehr) in Dresden geben! Das ist jedenfalls die feste Meinung der Fachverbände (DFB, DFL).

Das sportlich positive Entwicklungen alle Verantwortlichen überraschen können, hat Dynamo in 2004 bewiesen und man kann es derzeit in gleicher Weise bei den Dresdner Eislöwen beobachten! Doch da ist die neue Eisarena dankenswerter Weise bereits im Bau! Die Dresdner Leichtathletik könnte wie bisher auch, neben den im Ostragehege bereits ansässigen Fußballmannschaften, nach unserer Meinung ihre ausschließliche und ungestörte sportliche Heimat im Heinz-Steyer-Stadion finden. Eine gemeinsame Arena für Leistungsfußball und Leichtathletik ist wie allgemein bekannt die teuerste und vom Betrieb unwirtschaftlichste Lösung.

Der Stadtrat hat in der Fußballersprache am 5. Januar 2006 also nicht wieder quer gespielt, sondern eine Steilvorlage an die eigentlichen „Macher“ gegeben. Stadt und Verein Dynamo müssen nun auf Basis der Ratsbeschlüsse gemeinsam und vor allem schnell vorangehen, um mit Augenmaß die nötigen Rahmenbedingungen in Sachen Stadion zu schaffen und den Bau auf den Weg zu bringen.

Für den heute erreichten Stand in der „Dresdner Stadionfrage“ danken wir Pro RHS'ler allen Stadträten und besonders auch der Bürgerfraktion für deren engagierte Arbeit, dazu der Stadtverwaltung in Persona Herr U. Finger und last but not least – unserem OB Hr. I. Roßberg! Insbesondere mit dem Oberbürgermeister gab es zu allen Zeiten regelmäßige Gespräche und einen offenen Meinungsaustausch. Und nicht zuletzt die unüberhörbaren Gesänge der Fans zur Bundesligaauftiegsfeier „Wir gehen nie ins Gehege!“ am 6. Juni 2004

hatten ihn zu seiner „folgschweren“ Aussage pro Stadionneubau, pro Standort Lennéstraße animiert, oder etwa nicht?

Michael Walter
www.pro-rhs.de



Kurzvorstellung des, u. a. auch von Pro RHS auf Grundlage einer in den Monaten Februar bis März 2005 durchgeführten Meinungserhebung unter den Dynamofans, favorisierten Stadionprojekt der: HBM Stadien und Sportstättenbau (Neuss/NRW – Stammsitz in den Niederlanden)

Das Stadion ist ein klassisches Einrangstadion mit einer Gesamtkapazität von 32 770 Sitz- (ca. 21 000) und Stehplätzen (ca. 11 000). Dazu kommen 242 VIP-Logen. Die Gesamtbaukosten betragen 40,7 Mio. Euro für das komplette Stadion. Die Erfahrung von HBM an vielen Standorten zeigt sich in der besonders hohen Funktionalität und Zweckmäßigkeit der einzelnen Komponenten. Hervorzuheben ist hier die individuelle Dachkonstruktion, welche auf Sonneneinfall reagiert und eine übermäßige Beschattung im Spielbetrieb vermeidet.

Das Stadion ist zur Lennéstraße hin ausgerichtet, alle Funktionsbereiche sind dort angesiedelt. Eine gesonderte Vorfahrt entspannt die Verkehrsproblematik.

Der Entwurf von HBM ist der einzige, welcher die vorhandenen Flutlichtmasten, die sogenannten „Giraffen“, in Funktion erhält und zusätzlich eine sogenannte Soccer-Arena (Halle), in den Stadionkörper integriert, anbietet. Die Bauzeit soll beginnend im Jahr 2006 ca. 15 Mo-

nate betragen. Gegenüber anderen Angeboten wird hier jedoch aus Kostengründen auf ein Parkhaus oder eine Parkpalette verzichtet. 700 Parkplätze werden dennoch angeboten.

Insgesamt stellt dieses Angebot eine sehr funktionale und kostengünstig attraktive Möglichkeit zur zeitnahen Realisierung eines Stadions in Dresden dar.

* * *

Rede anlässlich der Sondersitzung des Dresdner Stadtrates zum Ersatzneubau Harbig-Stadion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier im Namen von Pro RHS vor Ihnen sprechen zu dürfen!

Für uns Fans und Mitglieder von Dynamo Dresden steht heute sehr viel auf dem Spiel. Es geht schlichtweg um die Perspektive unseres Vereins und auch um die Zukunft des höherklassigen Fußballs in Dresden. Wollen wir in Dresden auf der Basis der sportlichen und damit auch wirtschaftlichen Erfolge nun infrastrukturell die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Bundesligazugehörigkeit von Dynamo schaffen – Ja oder Nein.

Wir begleiten das Thema nun selbst seit vielen Monaten und verfolgen dabei sehr intensiv wie Sie, Ihre Fraktionen und die Dresdner Parteien insgesamt mit dem Ersatzneubau Harbig-Stadion umgehen. Ob man sich nach vielen Jahren Stillstand in der Stadionfrage nunmehr einer dauerhaften Lösung des Problems stellt und auf Grundlage des Beschlusses vom 16. Dezember 2004 zukunftsorientiert entscheiden wird: Pro Stadionersatzneubau, pro Perspektive für den

Bundesligafußball in Dresden! Oder aber ob man versuchen wird, mit allerlei politisch-taktischen Raffineszen (kritisches Hinterfragen wie Mitarbeit sind da natürlich nicht gemeint), dieses Problem weiter zu vertagen und zu verschieben, am liebsten auf den Sankt Nimmerleinstag! Das ist dem Bürger, den Fans kaum zu vermitteln.

Ein neues Stadion für Dresden

Auch hier gilt wie in allen Lebensbereichen – 101-prozentige Sicherheit in jedem Detail wird es nie geben – da werden Sie mir zustimmen!

Diese alte Weisheit verknüpfe ich mit der nächsten: Geld schießt keine Tore! Doch die Begeisterung, die Treue der Dynamofans zu Ihrer Mannschaft ist sprichwörtlich, auch in den Tagen an denen es dem Verein sehr schlecht ging. Deshalb sollte die aktuelle Abstiegsgefahr des 1. FC Dynamo aus der Zweiten Bundesliga niemandem ein Alibi geben, eine Grundsatzentscheidung zum Fortgang des bisher sehr erfolgreichen Ausschreibungsverfahrens zu verzögern oder abzusetzen. Das Rudolf-Harbig-Stadion ist verschlissen und müsste ohne Neubauperspektive Jahr für Jahr stückweise und sehr teuer saniert werden.

Genau dieses Problem würde die Stadt Dresden bei weiterer Verzögerung des o. g. Verfahrens unabhängig von der Ligazugehörigkeit von Dynamo Dresden aber begleiten und somit unter dem Strich kaum für wesentliche Entlastung im Haushalt der nächsten Jahre sorgen. Letzteres könnte man nach unserer Ansicht aber mit einer gut abgewogenen, positiven Entscheidung in Sachen Stadionneubau zu einem gewichtigen Teil erreichen!

Wir erhoffen und erbitten uns heute von Ihnen eine klare positive Entscheidung mit dem Ziel Beginn des Ersatzneubaus des Rudolf-Harbig-Stadions möglichst noch in diesem Jahr. Dies würde gerade zum Beginn des Festjahres zum 800. Jahrestag der Stadtgründung Gestaltungswillen und Entschlusskraft des Stadtrates dokumentieren! Und nicht nur das Dresdner Fußballpublikum, auch die Außendarstellung und die Wirtschaft unserer Stadt würden es Ihnen Danken. Abschließend noch ein Sprichwort: „Unverhofft kommt oft! – Wie es die Dresdner Eislöwen gerade respektabel unter Beweis stellen. Deren neue Eishalle ist, Dank auch Ihrer Arbeit, im Bau ... Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*Michael Walter
Stadtrat am 5. Januar 2006*



Mit großer Mehrheit hat der Dresdner Stadtrat am gestrigen Abend der Aufnahme von konkreten Vertragsverhandlungen der Stadt Dresden mit der Firma HBM Stadien- und Sportstättenbau GmbH für den Ersatzneubau des Rudolf-Harbig-Stadions zugestimmt.

Die Faninitiative „Pro RHS – Rettet unser Dynamostadion“ bedankt sich aus diesem Anlass bei den Stadträten, dem Oberbürgermeister und allen, die an der Erreichung dieses wichtigen Meilensteins auf dem Weg zu einer bundesligatauglichen Fußballarena in Dresden mitgewirkt haben, nicht zuletzt dem zuständigen Referenten Herrn Ulrich Finger. In vollem Umfang entspricht die vom Stadtrat getroffene Auswahl den Wünschen der Dynamofans, welche ihre Ideen und Anregungen der Stadtverwaltung im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens im April 2005 in einem „Ideenkatalog“ mit auf den Weg gaben.

Wir sind nunmehr sehr zuversichtlich und überzeugt, dass sich mit dem erklärten Willen des Stadtrates im Rücken, den Stadionneubau am traditionsreichen Standort Lennéstraße mit dem o. g. Investor in die Tat umzusetzen, sehr bald und grundlegend die Bedingungen im altherwürdigen Rudolf-Harbig-Stadion für Fans wie Aktive gleichermaßen ändern! Der Stadionneubau wird der ganzen Stadt Dresden in verschiedenster Weise, auch der Wirtschaft und Außendarstellung zu Gute kommen!

Nach vielen Jahren des Stillstands in der Stadionfrage wurde gerade an diesem Beispiel am Beginn des Festjahres zum 800. Jahrestag der Stadtgründung Gestaltungswillen und Entschlusskraft des Stadtrates in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung eindrucksvoll dokumentiert!

Für die Faninitiative Pro RHS „Rettet unser Dynamostadion“: Dresden, den 6. Januar 2006

Michael Walter

Presseerklärung der Faninitiative „Pro RHS“ zum Beschluss des Stadtrates „Ersatzneubau des Rudolf-Harbig-Stadions“ am 5. Januar 2006

Unser Blick auf das Welterbe Oberes Elbtal



Was nicht in den Medien stand:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unter Bezug auf mein am 9. November 2005 mit Ihnen geführtes Gespräch möchte ich Sie nochmals dringlichst auffordern, zum nächstmöglichen Zeitpunkt das Kuratorium Welterbe Dresdner Elbtal zu einer Sondersitzung einzuberufen, um in diesem Gremium die öffentlich gemachten Vorwürfe bezüglich der Vergabe dieses Titels zu behandeln. Jedwede Aktivität seitens einzelner Stadträte bzw. von Fraktionen auf der politischen Ebene sehe ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt als verfehlt und wenig der Sache dienlich an.

*Brief an den OB
vom 15. November 2005*

Bereits zu diesem Zeitpunkt setzte sich die Bürgerfraktion dafür ein, die in den Medien sehr zum Schaden des Ansehens der Stadt geführte Diskussion zur Frage Welterbe oder Brückenbau auf einer sachlichen Ebene im Rahmen einer Kuratoriumssondersitzung zu führen. Diese fand dann Anfang Januar statt und führte auch zu einer Entemotionalisierung der Diskussion, was seinen Niederschlag in den Ergebnissen des Paris-Besuchs unseres OB bei der UNESCO zeitigte.

Die Bürgerfraktion ist der Ansicht, daß in einer sich entwickelnden Kulturlandschaft der Bau der Brücke und der Status des Welterbegebiets unbedingt miteinander vereinbar sind. Daß es gelungen ist, beim Haushaltsbeschluß die Anschubfinanzierung und damit das Bekenntnis zum Lingerschloß als Standort für ein Welterbebüro zu sichern, darf

als ein positives Zeichen nicht nur in Richtung der UNESCO verstanden werden.

Die Bürgerfraktion setzt sich unabhängig von Personaldiskussionen für eine nachhaltige Entwicklung dieses für das Elbtal wichtigen Standortes ein und wird sich in den nächsten Jahren in diesem Zusammenhang auch verstärkt der Problematik des Schlosses Übigau widmen.

Im Jubiläumsjahr der Stadt plant die Bürgerfraktion im Rahmen der Feierlichkeiten auch einen eigenen Beitrag im Sommer 2006. Dresden darf sich glücklich schätzen, mit der Verleihung des Welterbestatus ein Pfund zu besitzen, mit dem wir erst noch lernen müssen zu wuchern.

*Christoph Hille
Sprecher der Bürgerfraktion und
Mitglied im Kuratorium*

1. und 2. Stammtisch der Bürgerfraktion

Die Bürgerfraktion ist in allen Ortsbeiräten mit Vertretern der Wählervereinigungen präsent, allerdings nicht überall in gleichem Maße. Mit den Stammtischen für die Ortsbeiräte und Angehörigen der Wählervereinigungen wollen wir ein besseres gegenseitiges Kennenlernen, die Schulung der Ortsbeiräte und die Basis für die gemeinsame politische Arbeit erreichen.

Unsere Stammtische sollen mindestens zweimal jährlich stattfinden und so diesen Kennenlernprozess befördern.

Der erste Stammtisch fand im Mai im Rathaus statt. Geladen waren auch die Ortsamtsleiter. Unser Thema war die Umstrukturierung der Ortsamtsleitungen als Aufgabe aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept und die Auswirkungen für eine bürgernahe Arbeit.

Zu unserem zweiten Stammtisch im November haben wir ins Stadtmuseum eingeladen. Durch Herrn Tostmann, Abteilung Stadtratsangelegenheiten wurden die Rechte und Pflichten sowie Aufgaben für Ortsbeiräte anhand der Gemeindeordnung

erläutert. Im Anschluss erfolgte eine Führung durch die gerade eröffnete Ausstellung zur Geschichte der Frauenkirche. Seinen Ausklang fand der sehr informative Abend in zwanglosen Gesprächsrunden.

Unser nächster Stammtisch soll am 4. April 2006 im Dresdner Zoo stattfinden. Thematisch soll es dabei um die Fragen „Welche Bedeutung hat der Zoo für Dresden“ und „Wieviel Kultur braucht unsere Stadt?“ gehen.

*Anita Köhler
Wählervereinigung Volkssolidarität*

Fraktionsklausur im Wald bei Moritzburg



Vom 9. bis zum 10. Dezember 2005 traf sich die Bürgerfraktion in der Waldschänke in Moritzburg zu ihrer Klausurtagung, um im wesentlichen Fragen des Haushaltsentwurfes der Stadt für das Jahr 2006 und die weitere Planung für das neue Jahr zu besprechen. Gast der Klausur war Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann, der in den Haushaltsentwurf einführte und der Fraktion die wesentlichen Eckdaten erläuterte.



8. Februar 2006

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat

Die Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, nicht mehr mit Herrn Stadtrat Werner Klawun zusammen zu arbeiten. Er ist somit nicht mehr Mitglied der Bürgerfraktion.

Jan Kaboth
Vorsitzender der Bürgerfraktion

Christoph Hille
Sprecher der Bürgerfraktion

Das Verfahren nach Hare Niemeyer

Gilt es, durch den Stadtrat Ausschüsse, Beiräte und sonstige Gremien zu besetzen, so erfolgt die Sitzverteilung durch das Verfahren nach Hare/Niemeyer. Es wird auch als das Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen bezeichnet.

Geschichte

Seinen geschichtlichen Ursprung hat das Verfahren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damals wurde es von dem englischen Juristen Thomas Hare (1806–1891) vorgeschlagen und alsbald bei der Besetzung der Ausschüsse des Reichstages angewandt. Seine Wiederbelebung erfuhr das Verfahren 1970 durch den Aachener Mathematikprofessor Horst Niemeyer (* 1928), welcher es beim damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann in Erinnerung rief. Bis zum Ende der achten Legislaturperiode des deutschen Bundestages (Oktober 1976) wurden sodann nach Hare/Niemeyer Ausschüsse sowie weitere Gremien besetzt und seit der elften Legislaturperiode (Januar 1987) werden mittels dieses Verfahrens die Zweitstimmen umgesetzt.

Rechenverfahren

Die Verteilung der Sitze erfolgt nach Hare/Niemeyer in zwei Schritten. Zur Berechnung werden jeweils drei Zahlen benötigt:

- 1) Stimmzahl, welche eine einzelne Partei, Wählervereinigung oder Fraktion im Wahlgang für sich verbuchen kann;

- 2) Gesamtzahl aller im Wahlgang abgegebenen Stimmen (ohne ungültige Stimmen und Enthaltungen);
- 3) Gesamtzahl der im zu besetzenden Gremium zu vergebenden Sitze.

Schritt 1: Grundverteilung

Formel: 1) dividiert durch 2) und multipliziert mit 3) = Quote.

Entsprechend dem abgerundeten Teil der Quote (= Zahl vor dem Komma) werden die Sitze direkt zugeteilt. In den meisten Fällen werden die errechneten Quoten keine ganzen Zahlen sein, es werden Bruchzahlen (= Zahl hinterm Komma) verbleiben, so dass auch die Summe der im ersten Schritt vergebenen Sitze nicht die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze erreicht.

Schritt 2: Restsitzverteilung

Die Restsitze werden in der Reihenfolge der Bruchzahlen, beginnend mit der größten, verteilt.

Rechenbeispiel: Anhand eines idealtypischen Wahlgangs im Dresdner

Stadtrat soll hier (siehe Tabelle unten) u. a. die Sitzverteilung nach Hare/Niemeyer dargestellt werden. Es soll ein Gremium mit zwölf Sitzen besetzt werden, wobei die Fraktion und Stadträte entsprechend ihrer Fraktionszugehörigkeit bzw. Parteizugehörigkeit abstimmen.

Eigenschaften

Das Verfahren nach Hare/Niemeyer birgt sowohl Vor- als auch Nachteile. Grundsätzlich entspricht das Ergebnis nach Schritt 1 den Grundsätzen der Proportionalität und findet somit breite Akzeptanz. Im Schritt 2 kann es jedoch zu Abweichungen kommen. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn mehr Bruchzahlen identisch sind, als noch Restsitze zu vergeben sind. Auch ist das Quotenverfahren nicht konsistent – wenn z. B. das zu besetzende Gremium nur einen Sitz mehr oder weniger hat, kann es bei einer Neuberechnung zu einer „unlogischen“ Verschiebung der Sitz kommen.

Franziska Dannehl

Fraktion/ Stadträte	Stimmen	Gesamt- stimmen	Gremien- sitze	Quote	Schritt 1: Sitzzahl	Schritt 2: Sitzzahl
CDU	21	70	12	3,6	3	+1
PDS	17	70	12	2,9	2	+1
B90/Grüne	9	70	12	1,54	1	+1
SPD	8	70	12	1,37	1	
FDP	6	70	12	1,028	1	
Bürgerfraktion	6	70	12	1,028	1	
NB	3	70	12	0,5	0	
Summe					9	+3
GESAMT					SOLL: 12	IST: 12

Herausgeber

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 211
www.buergerfraktion-dresden.de

Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buergerfraktion@dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion (V.S.d.P.)

Christoph Hille
Pressesprecher
Fotos: Internet, Köhler, Hille